

Aufgabenkritik: Einsparung von Berichten und Bekanntgaben
Verschiedene Berichte des Direktoriums

Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 17383

Beschluss des Verwaltungs- und Personalausschusses vom 23.07.2025 (SB)

Öffentliche Sitzung

Kurzübersicht

zum beiliegenden Beschluss

Anlass	Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 17081 "Aufgabenkritik: Einsparung von Berichten und Bekanntgaben", in der VV vom 02.07.2025 vertagt in die Sitzung am 01.10.2025, Bitte aus Reihen des Stadtrats, einzelne Einsparungsvorschläge im zuständigen Fachausschuss zu diskutieren
Inhalt	Folgende Vorschläge zur Einsparung von Berichten sollen im Ausschuss behandelt werden: <ul style="list-style-type: none"> - Bericht zur Abweichung vom Hamburger Modell bei der Besetzung von städtischen Gremien - Bericht Frauenförderung bei städtischen Gesellschaften - Bericht zur Sexismusprävention bei städtischen Gesellschaften
Gesamtkosten / Gesamterlöse	-/-
Klimaprüfung	Eine Klimaschutzrelevanz ist gegeben: Nein Keine Klimaschutzrelevanz
Entscheidungsvorschlag	Die im Vortrag dargestellten Ausführungen zur Sitzungsvorlage „Aufgabenkritik: Einsparung von Berichten und Bekanntgaben“ (SV-Nr. 20-26 / V 17081), die dem Stadtrat am 01.10.2025 zur Behandlung vorgelegt wird, werden zustimmend zur Kenntnis genommen.
Gesucht werden kann im RIS auch unter	
Ortsangabe	(-/-)

**Aufgabenkritik: Einsparung von Berichten und Bekanntgaben
Verschiedene Berichte des Direktoriums**

Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 17383

1 Anlage

Beschluss des Verwaltungs- und Personalausschusses vom 23.07.2025 (SB)
Öffentliche Sitzung

I. Vortrag des Referenten

In der Vollversammlung vom 02.07.2025 wurde die Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 17081 "Aufgabenkritik: Einsparung von Berichten und Bekanntgaben" (s. Anlage im RIS unter: <https://risi.muenchen.de/risi/sitzungsvorlage/detail/9134036>) in die Vollversammlung am 01.10.2025 verlegt verbunden mit der Bitte, einzelne Einsparungsvorschläge im jeweils zuständigen Fachausschuss zu behandeln. Die Stadtratsfraktionen wurden vom Direktorium angeschrieben und um Mitteilung gebeten, welche Punkte behandelt werden sollen.

Aus dem Zuständigkeitsbereich des Direktoriums wurden von der Fraktion die Linke/ Die Partei die folgenden drei regelmäßigen Berichte benannt.

- Bericht zur Abweichung vom Hamburger Modell bei der Besetzung von städtischen Gremien (VV)

Das Direktorium berichtet jeweils zu Beginn einer Wahlperiode nach Besetzung der mit Stadtratsmitgliedern zu besetzenden Gremien, inwiefern die Geschlechterverteilung in den Gremien dem „Hamburger Modell“ entspricht. Der letzte Bericht (SV-Nr. 20-26 / V 00911, VV vom 22.07.2020) hat gezeigt, dass die Gremien weitestgehend gleichmäßig besetzt werden konnten. Die Fraktionen sollen weiterhin im Zuge der Neubesetzung zu Beginn einer Wahlperiode über das vom Stadtrat vorgegebene Ziel einer ausgeglichenen Besetzung der städtischen Gremien informiert und um Berücksichtigung bei ihren Benennungen aufgefordert werden.

Auf eine aufwändige nachträgliche Auswertung soll jedoch künftig verzichtet werden, die Berichtspflicht soll daher aufgehoben werden.

Die Gleichstellungsstelle hat bei Streichung der Berichte gebeten, Vorschläge zu entwickeln, wie die notwendigen Informationen für die Facharbeit der Gleichstellungsstelle für Frauen auch künftig zur Verfügung gestellt werden können.

Das Direktorium wird daher weiterhin eine Auswertung nach Geschlechteranteilen durchführen, die der Gleichstellungsstelle für Frauen und auf Wunsch auch den

Fractionen gerne zur Verfügung gestellt wird. Damit kann dem Wunsch der Gleichstellungstelle entsprochen werden.

- **Bericht Frauenförderung bei städtischen Gesellschaften (VPA)**

Aufgrund des Stadtratsbeschlusses vom 04.10.2018 (SV-Nr. 14-20 / V11795) berichtet das Direktorium im Turnus von drei Jahren über den Frauenanteil von Führungspositionen bei städtischen Gesellschaften (nächster Termin: 2026).

Diesem Bericht gehen eine aufwändige Abfrage bei allen städtischen Gesellschaften und Aufbereitung der Rückmeldungen voraus. Da die städtischen Gesellschaften hinsichtlich Größe und Struktur der Hierarchieebenen sehr heterogen sind, sind häufig Rückfragen notwendig, um die Antworten zu harmonisieren und vergleichbar zu machen.

Als sinnvoll und effektiv hat sich die Verpflichtung der Gesellschaften erwiesen, regelmäßig dem jeweiligen Aufsichtsrat zu dem Thema zu berichten. An dieser Stelle können differenziert die Strategie und eventuelle Hemmnisse dargestellt werden, der Aufsichtsrat kann unmittelbar steuernd eingreifen. Aufgrund des Stadtratsbeschlusses Nr. 20-26 / V 08285 sind die städtischen Gesellschaften aufgefordert, passgenaue Gleichstellungskonzepte zu entwickeln und in den Aufsichtsräten abzustimmen. Darüber hinaus sind die Betreuungsreferate angehalten, bei Geschäftsführerverträgen mit variabler Vergütung messbare Ziele zum Thema Gleichstellung in die Zielvereinbarungen aufzunehmen. In den jährlichen Steuerungsberichten der einzelnen Gesellschaften, die dem Stadtrat vorgelegt werden, ist bei den Zielen der Gesellschaft darauf einzugehen. An diesen Vorgaben soll sich nichts ändern.

Es wird daher vorgeschlagen, die zusätzliche Berichtspflicht aufgrund des StR-Beschlusses vom 04.10.2018 (s.o.) zu streichen. Neben dem Fortbestehen der Berichtspflicht in den Aufsichtsgremien der einzelnen Gesellschaften wird das Direktorium zusammen mit den Betreuungsreferaten und unter Einbindung der Gleichstellungsstelle stattdessen ein Konzept erarbeiten, wie geeignete Informationen in die jährlichen Steuerungsberichte zu den einzelnen städtischen Gesellschaften, die dem Stadtrat vorgelegt werden, als standardisierte Kennzahl einfließen können.

- **Bericht zur Sexismusprävention bei städtischen Gesellschaften (VPA)**

Auch hier legt das Direktorium im Turnus von drei Jahren einen Bericht vor (SV-Nr. 14 - 20 / V 03080). Durch diesen Beschluss sowie durch den Vorgängerbeschluss (SV Nr. 08-14/A04128) wurden verschiedene Maßnahmen initiiert, die dazu beitragen sollen, dass bei den städtischen Beteiligungsgesellschaften effektive Präventionsstrukturen etabliert sind. Dieses Ziel wurde inzwischen weitestgehend erreicht. Über den zusätzlich etablierten Runden Tisch unter Federführung der Gleichstellungsstelle für Frauen, bei dem sich die jeweiligen Beauftragten der Gesellschaften über ihre Erfahrungen austauschen, ist zudem eine konstante Weiterentwicklung und Vernetzung gewährleistet. Auf den regelmäßigen Bericht im VPA soll daher verzichtet werden, es soll vielmehr wie bisher im jeweiligen Aufsichtsrat berichtet werden.

Klimaprüfung

Ist Klimaschutzrelevanz gegeben: Nein

Anhörung des Bezirksausschusses

In dieser Beratungsangelegenheit ist die Anhörung des Bezirksausschusses nicht vorgesehen (vgl. Anlage 1 der BA-Satzung).

Die Verwaltungsbeirätin der Abteilung Zentrale Verwaltungsangelegenheiten, Frau Stadträtin Stöhr, hat einen Abdruck der Beschlussvorlage erhalten.

Antrag des Referenten

1. Die im Vortrag dargestellten Ausführungen zur Sitzungsvorlage „Aufgabenkritik: Einsparung von Berichten und Bekanntgaben“ (SV-Nr. 20-26 / V 17081), die dem Stadtrat am 01.10.2025 zur Behandlung vorgelegt wird, werden zustimmend zur Kenntnis genommen.
2. Der Beschluss unterliegt nicht der Beschlussvollzugskontrolle.

II. Beschluss

nach Antrag.

Der Stadtrat der Landeshauptstadt München

Der / Die Vorsitzende

Der / Die Referent/-in

Ober-/Bürgermeister/-in
ea. Stadtrat / ea. Stadträtin

Dieter Reiter
Oberbürgermeister

III. Abdruck von I. mit III.

über Stadtratsprotokolle (D-II/V-SP)

an das Direktorium – Dokumentationsstelle
an das Revisionsamt
z. K.

IV. Wv. Direktorium D-I-ZV-SG1

1. Die Übereinstimmung des vorstehenden Abdrucks mit der beglaubigten Zweitschrift wird bestätigt.
2. An
z. K.

Am